

**30.01.2012 – Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus
(Brüssel)**

Godelieve Quisthoudt-Rowohl wurde in Etterbeek (Belgien) geboren und ist seit 1989 Europaabgeordnete der CDU für Niedersachsen in der Europäischen Volkspartei. Ihre Schwerpunkte liegen beim internationalen Handel, bei auswärtigen Angelegenheiten und in der Forschung. Nach dem Diplom in Chemie forschte sie 1972 und 1973 als Stipendiatin am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie an der Universität Leuven (Belgien) und wurde in physikalischer Chemie zum Dr. rer. nat. promoviert und arbeitete als wiss. Assistentin an der MHH. Von 1979 bis 1989 amtierte sie als Akademische Rätin an der Universität Hildesheim. Seit 6. März 2009 hat sie dort eine Honorarprofessur im Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften inne.

Seit 1989 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie war dort von 1999 bis 2007 Mitglied des Präsidiums (Quästorin) und Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion. Quisthoudt-Rowohl ist stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuß. 1992 bis 1999 war sie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie. Prof. Dr. Quisthoudt-Rowohl ist verheiratet, hat vier erwachsene Kinder und lebt in Hildesheim. Sie ist Vorsitzende des Beirates der bischöflichen Stiftung „Gemeinsam für das Leben“ (Hildesheim). Sie trägt das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Homepage der Rednerin:

<http://www.quisthoudt-rowohl.de>

Frau Quisthoudt-Rowohl beginnt ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass sie schon vor einigen Jahren über ihre Erfahrungen im europäischen Parlament berichtet hat. Ihre Leitfragen heute lauten: Was ist Parlamentarismus? Was bedeutet Demokratie im dritten Jahrtausend? Wie verhalten sich unsere demokratischen Strukturen in der Krise?

Seit Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages (2007) treten im EU-Gebiet Fiskalkrisen auf. Dies führt dazu, dass der dort verabschiedete große Schritt in Richtung parlamentarische Demokratie noch nicht ausreichend zum Tragen kommt. Die wichtigsten Aspekte der Demokratie sind neben der Gewaltenteilung (Legislative, Judikative, Exekutive) auch die „vierte Macht“, die Medien bzw. die öffentliche Meinung. Generell war und ist die EU ein heterogenes Gebilde. Momentan ist sie heterogener denn je, was sich auch in der öffentlichen Meinung widerspiegelt. So ist die Meinung in Deutschland schon lange anders als in den übrigen EU-Staaten. Die Bewertungen driften vor allem in Bezug auf die Effizienz der Lösungen zur Finanzkrise auseinander. Ein weiteres Problem ist dasjenige, dass der Westen in der Welt nicht mehr dominant ist.

Überspitzt formuliert, so Quisthoudt-Rowohl, stecken wir derzeit in einer Krise der Demokratie. Demokratie stützte ihre Legitimität bislang auf einen überschaubaren und jedenfalls klar begrenzten Raum und dessen Bewohner bzw. Bürger. Derzeit sieht es jedoch oft so aus, dass von den Bürgern nicht legitimierte Beschlüsse in

Brüssel gefasst werden und den gewählten regionalen Volksvertretern nur noch zur Umsetzung vorgelegt werden. Die direkte demokratische Willensbildung durch die Bürger ist auf EU-Ebene nur mittelbar möglich, was auch einer der Gründe für die wachsende Entfremdung der EU von ihren Bürgern ist. Die demokratische Heterogenität liegt auch darin begründet, dass es bis heute kein EU-einheitliches Wahlgesetz gibt. Zwar würden die Wahlgesetze in den Mitgliedländern immer mehr aneinander angeglichen, doch Unterschiede bestünden fort. Zudem gebe es immer mehr supranationale Gremien und Institutionen, die nicht zwangsläufig demokratisch wirken müssen. Es gebe also eine höchst komplexe Kette von Legitimationsprozessen, die aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit z.T. vom Bürger nicht nachvollziehbar sind und daher auch nur bedingt Anerkennung finden.

Trotz dieser aktuellen demokratischen Legitimationsprobleme ist Quisthoudt-Rowohl optimistisch, dass Verbesserungen weiterhin möglich sind. Und einen Weg zurück gebe es nicht.

Zwei Faktoren prägen heute die Entscheidungsfindung:

Erstens seien die Themen heute häufig sehr komplex, so dass Politiker diese ohne Fachkenntnis von Außen suchen müssen. Als Beispiele nennt die Rednerin das Internet und die Gentechnik.

Zweitens seien Umfang und Bedeutung der Themen heute oft so groß, dass nationale Parlamente damit überfordert seien. Das Klimaproblem oder die Finanzkrise oder beide zum ersten Punkt genannten Beispiele lassen sich nicht mehr auf nationaler Ebene kontrollieren oder regulieren.

Quisthoudt-Rowohl beklagt in diesem Zusammenhang, dass vieles entschieden, aber weniger umgesetzt werde.

Die Rolle der Demokratie im dritten Jahrtausend müsse also neu diskutiert werden, denn „nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte“. Obwohl das Europäische Parlament seit dem Vertrag von Lissabon de jure gestärkt worden ist, ist es de facto der Europäische Rat, der an Macht gewonnen hat. Allerdings mache ihr die „Renationalisierung in den Köpfen“ Sorge. Nationales Denken sei an sich nichts Verwerfliches, aber aus den genannten Gründen sei es in der globalisierten Welt oft nicht mehr sinnvoll. Nach Überwindung der Krise müsse wieder der Mut für neue Modelle der Entscheidungsfindung gefunden werden.

Wie bei den Europa-Gesprächen üblich schloss sich dem Vortrag eine angeregte Diskussion an.

Auf die Frage nach der Meinung der Rednerin zu den derzeitigen Vorwürfen in Bezug auf das neue Mediengesetz in Ungarn, entgegnete Quisthoudt-Rowohl, dass die Ungarn argumentieren würden, dass ihre Verfassung lediglich modernisiert wurde. Außerdem müsse man bei solchen Debatten bedenken, dass auch in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Sender z.T. politisch besetzt seien. Man solle erst genau prüfen, bevor man eine Aussage trifft.

Im Rahmen der weiteren Diskussion äußerte Quisthoudt-Rowohl, dass es derzeit in vielen Ländern der EU eine diffuse Angst vor Überfremdung gebe. Diese müsse man ernst nehmen. Dieses Phänomen träte jedoch in Wellen auf, so dass sich diese Befürchtungen vielleicht in näherer Zukunft wieder von selbst legen würden.

Zusammenarbeit der einzelnen europäischen Institutionen sei zwar prinzipiell gut, da sie die Effektivität steigern könne, jedoch dürfe eine zu enge Zusammenarbeit die Gewaltenteilung innerhalb der EU nicht gefährden.

Die Medien, beklagte die Rednerin, zeigten generell nicht genug Interesse an EU-Themen.

Eine längere Debatte entspann sich um das Thema Lobbyismus. Lobbyismus, meinte Quisthoudt-Rowohl, sei an sich nicht schlecht, „wenn man vernünftig damit umgeht“. Sie ist nicht dafür, Lobbyisten pauschal als gefährlich und sehr einflussreich zu betrachten. („Kein einziger Konzern hat soviel Geld wie Greenpeace.“) Auch kämen nicht alle Lobbyisten aus der Industrie. Natürlich dürften Lobbyisten keine Entscheidungen treffen, aber sie sollen ihre Meinung kundtun dürfen. Oft handele es sich um Spezialisten zu bestimmten Themen, auf die Politiker heutzutage geradezu angewiesen seien. Auf die Frage, welches politische Gewicht sie dem Lobbyismus in der EU zuschreibe, antwortet Quisthoudt-Rowohl: „Lobbyismus hat genau das Gewicht, das man ihm jeweils einräumt.“

Auf die Frage nach der Zukunft Belgiens, meint die Rednerin, dass sich der Staat langsam aber sicher spalten werde. Man wolle sich in unserer Zeit, wie oben bereits dargelegt, lokal identifizieren – „und der Nationalstaat ist da offenbar manchmal schon zu groß“. In Schottland und Katalonien gebe es ja ähnliche Bestrebungen.

Was die niedrige Wahlbeteiligung in der EU betreffe, so weist Quisthoudt-Rowohl darauf hin, dass diese überall sinke, nicht nur auf EU-Ebene. „Die Meisten europäischen Themen erfassen zwar unseren Kopf, aber nicht unser Herz und unseren Bauch. Politik ist technokratisch geworden.“